



An den Bürgermeister
der Gemeinde Roetgen

Dienstag, 10. März 2020

Antrag für die Sitzung des Gemeinderates am 24.03.2020

Tagesordnungspunkt:

Zusätzliche Aufnahme von geflüchteten Menschen (vor allem Kinder/Minderjährige, schwangere Frauen und Familien mit besonders schutzbedürftigen Kindern)

Sehr geehrter Herr Klauss,

wir beantragen den o.a. Punkt auf die Tagesordnung des Gemeinderates am 24.03.2020 zu setzen und stellen folgenden **Antrag zur Abstimmung**:

Der Gemeinderat beschließt, der humanitären Katastrophe auf den griechischen Inseln und an den europäischen Außengrenzen nicht weiter tatenlos zuzusehen und sich zur Aufnahme von zusätzlichen Geflüchteten bereit zu erklären. Vorrangig sollen Kinder, schwangere Frauen und Familien mit besonders schutzbedürftigen Kindern in Roetgen Hilfe und Zuflucht finden. Der Bürgermeister teilt die Bereitschaft der Gemeinde Roetgen den zuständigen Stellen mit.

Begründung:

Im Aufnahmelager „MORIA“ auf der griechischen Insel Lesbos, das für die Aufnahme von 3000 Geflüchteten ausgelegt war, leben inzwischen ca. 17.000 Menschen, darunter mehrere tausend geflüchtete Kinder und Jugendliche ohne familiäre Begleitung oder Beistand. Das führt zu unhaltbaren Zuständen. Ver- und Entsorgung sind erschöpft und können Notwendiges nicht mehr leisten. Dies führt zu akuten gesundheitlichen Gefahren für alle Geflüchteten, aber insbesondere der Kinder und Jugendlichen. Nach den Schrecken von Gewalt und Zerstörung, die vielfach die Fluchtursache sind, waren sie oft schlimmen Misshandlungen auf der Flucht ausgesetzt und können diesen jetzt auch nicht im Lager entkommen. Viele Kinder sind allein und völlig schutzlos. Und eine weitere Verschlimmerung der Lage im Auffanglager und damit einhergehend eine weitere gesundheitliche und seelische Gefährdung der dort Untergebrachten ist unausweichlich. Diese geflüchteten Kinder und Jugendlichen befinden sich derzeit in einer akuten gesundheitlichen und seelischen Bedrohungslage und bedürfen schnellst möglich medizinischer, sozialer und

psychischer Betreuung. Diese Zustände sind unhaltbar und eines Europas, das sich auf seine christliche und abendländische Kultur beruft, unwürdig.

Alle Menschen, die sich einer Mitmenschlichkeit und tätigen Humanität verpflichtet fühlen, müssen alles dafür tun, dieses entsetzliche Elend zumindest für die Kinder zu beenden.

Aus diesem Grunde fordern wir die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland Frau Dr. Angela Merkel, den Bundesaußenminister Herrn Heiko Maas, und den Bundesinnenminister Herrn Horst Seehofer auf, eine sofortige Überstellung der Geflüchteten in die Bundesrepublik zu ermöglichen und in die Wege zu leiten, ungeachtet der ungeklärten europäischen Zustimmung. Auf eine einvernehmliche europäische Lösung können wir - und vor allem – können die Kinder nicht warten. Jeder Tag länger in dieser Hölle ist unverantwortlich.